

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Gerhard Schröder zur Notwendigkeit, gemeinsam die Demokratie zu verteidigen: Es gibt keine Gnade der späten Geburt.

Seite 1

Franz Müntefering MdB zum Scheitern der Koalition: Zwei vertane Jahre.

Seite 3

Brigitte Schulte MdB zur schlechten Personalsituation bei der Bundeswehr: Rühesprüche können Probleme nicht verbergen.

Seite 4

Dokumentation

Die Deutsche Psychoanalytische Vereinigung hat auf ihrer jüngsten Generalversammlung mit Blick auf die Entwicklung in unserem Land eine Erklärung erarbeitet: Zu Fremdenhaß und Gewalt in Deutschland.

Seite 5

47. Jahrgang / 230

30. November 1992

Es gibt keine Gnade der späten Geburt

Zur Notwendigkeit, gemeinsam die Demokratie zu verteidigen

Von Gerhard Schröder *

Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Wir stehen heute auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagers Bergen-Belsen. Hunderttausende sind hier geschunden, ermordet und in den Tod getrieben worden. Zuerst starben auf diesem Gelände die Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion zu Zehntausenden. Danach Kinder, Frauen und Männer aus zwanzig Nationen. Die meisten von ihnen waren Juden. Wie sie, wurden auch Sinti und Roma aus rassistischen Gründen ermordet. Zeugen Jehovas und Homosexuelle erlitten das gleiche Schicksal. Aus ganz Europa wurden politische Widerstandskämpfer in die deutschen Konzentrationslager deportiert. Schließlich nach Bergen-Belsen getrieben, erlagen sie noch kurz vor dem Ende des Krieges in großer Zahl den mörderischen Bedingungen des Lagers.

Am 15. April 1945 betraten britische Truppen das Konzentrationslager. Was sie dort sahen, konnten sie zunächst nicht fassen. Der britische Sanitätsoffizier Brigadier Glyn Hughes gab seine Eindrücke so wieder:

"Die Zustände im Lager waren wirklich unbeschreiblich; kein Bericht und keine Fotografie kann den grauenhaften Anblick des Lagergeländes hinreichend wiedergeben; die furchtbaren Bilder im Inneren der Baracken waren noch viel schrecklicher. An zahlreichen Stellen des Lagers waren die Leichen zu Stapeln von unterschiedlicher Höhe aufgeschichtet. Überall im Lager verstreut lagen verwesende menschliche Körper. In den Baracken selbst lagen zahllose Tote, manche sogar zusammen mit den Lebenden auf einer einzigen Bettstelle. In der Nähe des Krematoriums sah man Spuren von hastig gefüllter Massengräber."

* Gerhard Schröder trägt diese mahnenden Gedanken am heutigen Montag in Bergen-Belsen aus Anlaß des 40. Jahrestages der Einweihung der Gedenkstätte für das Konzentrationslager vor.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemalpaar-Gitarre
mit 100% recyceltem
Recycling-Papier



Bilder von diesem Inferno gingen in den Tagen danach um die Welt. Seither ist der Name Bergen-Belsen zu einem Symbol der Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland geworden. Für den Völkermord des Nazi-Deutschland stehen auch Namen wie Auschwitz, Treblinka, Buchenwald, Maidanek, Dachau. Eingegraben in das kollektive Bewußtsein der Menschheit symbolisieren sie den tiefsten Stand der moralischen Entwicklung des deutschen Volkes.

Wir wir mit der Erinnerung an diese Zeit umgegangen sind, hat seitdem zu vielen Fragen Anlaß gegeben. Mit der Zeit wurde manchem - zu vielen, wie wir heute wissen - diese Erinnerung lästig. Vielfältig waren die Aufforderungen, diesen Teil deutscher Geschichte hinter uns zu lassen, endlich einen Schlußstrich zu ziehen. Die anderen, die Mahner, diejenigen, die den Nationalsozialismus nicht für einen einmaligen historischen Unfall halten wollten, wurden mehr und mehr zurückgedrängt. Je mehr das Erinnern zur Routineveranstaltung verkam, umso mehr entfernten wir uns zugleich aus der Verantwortung für die gemeinsame Geschichte.

Heute wissen wir, und wir lesen es jeden Tag in den Schlagzeilen, daß keine Generation für sich eine Gnade der späten Geburt reklamieren darf. Es gilt festzustellen: uns Deutschen ist die Bearbeitung und Verarbeitung unserer Geschichte mißlungen. Weder war es dem einen deutschen Staat gelungen, Antifaschismus per Staatsdoktrin einzuführen, noch konnte es gelingen, das neue, vereinte Deutschland von der historischen Erblast der Deutschen abzusetzen und unter dem Beifall der Welt sozusagen noch einmal neu anzufangen.

Heute müssen wir uns in Deutschland fragen und fragen lassen: Wie konnte es kommen, wie konnten wir zulassen, daß unter unseren Augen eine neue Generation die Sprache der Unmenschlichen sprechen lernte und mit den Symbolen der unmenschlichen Nazi-Diktatur erneut zu diesem Maß unfählichen Hasses auf alles Fremde fähig scheint.

*

Anne Frank, war ein junges Mädchen voll von jugendlichem Idealismus. Weil sie Jüdin war, mußte sie hier in Bergen-Belsen sterben.

In einer Zeit in der alle Ideale vernichtet und zerstört wurden, erhielt sie sich ein tiefes Vertrauen - ein Wunder, wie sie es selbst empfand. Eine der letzten Eintragungen in ihr Tagebuch lautet: 'Ich sehe die Welt mehr und mehr in eine Wüste verwandelt, ich höre immer stärker den anrollenden Donner, der auch uns töten wird (...), und doch, wenn ich nach dem Himmel sehe, denke ich, daß sich alles wieder zum Guten wenden wird, daß auch diese Härte ein Ende haben muß und wieder Friede und Ruhe die Weltordnung beherrschen werden.'

Angesichts der gegenwärtigen gewalttätigen Entwicklung frage ich: Ist es wieder soweit, daß sich die Welt mehr und mehr in eine Wüste verwandelt?

Gedenkstätten, die an die Greuel der Nazizeit erinnern, werden geschändet. Auch damals begann die Verfolgung mit Angriffen auf Symbole. Behinderte Menschen werden verhöhnt und bespuckt, ihre Würde wird mit Füßen getreten. Es ist schon wieder soweit, wie der tragische Freitod eines behinderten Mannes in Großburgwedel zeigt, daß Menschen durch Menschen in den Tod getrieben werden. Asylsuchenden will man ein menschliches Existenzrecht nicht mehr zugestehen. Mit Gewalt werden sie aus ihren Unterkünften vertrieben. Unbescholtene Bürgerinnen und Bürger sehen zu und applaudieren. Nächtliche feige Attentate auf Asylbewerberheime sind fast an der Tagesordnung. Friedlich lebende Menschen, sogar Kinder werden im Schlaf ermordet, nur weil sie keinen deutschen Paß haben oder anderer Herkunft sind.

Allerspätestens nach den schrecklichen Morden in Mölln müssen wir zur Besinnung kommen. Wer jetzt noch bagatellisiert, macht sich mitschuldig. Als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen werde ich immer dafür arbeiten und dafür einstehen, daß in unserem Staat alle Menschen ohne Angst und Furcht friedlich leben können. In Niedersachsen soll keiner der von Menschenhaß getriebenen Gewalttäter hoffen, daß er vor den Gerichten davorkommt; keiner von den Claqueuren soll glauben, daß er auf Verständnis stößt.

Allerdings kann keine Landesregierung jeden Bürger jederzeit schützen. Wir müssen alle gemeinsam gegen diesen zerstörerischen Menschenhaß vorgehen, der sich in unserer Gesellschaft breitzumachen droht. Alle müssen wir daran arbeiten, daß unser demokratischer

Rechtsstaat, den wir uns in über 40 Jahren aufgebaut haben, nicht kaputt gemacht wird. Denn keiner darf glauben, daß das, was momentan passiert, ihn nichts angehe.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar." So lautet Artikel 1 unserer Verfassung, die höchste Maxime unseres gesellschaftlichen und staatlichen Handelns. Stehen wir dafür ein.

(-/30. November 1992/rs/ks)

Zwei vertane Jahre Zum Scheitern der Koalition

**Von Franz Müntefering MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion**

Vor zwei Jahren, am 2. Dezember 1990, hat die Regierungskoalition die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl gewonnen. 54,8 Prozent der Wählerstimmen wurden für CDU/CSU und FDP abgegeben. Mit 33,5 Prozent blieb die SPD weit unter ihrem Wahlziel.

Was haben CDU/CSU und FDP als Koalition mit dieser deutlichen Mehrheit gemacht?

Erinnern wir uns! Die besten Argumente gegen Kohl stammen von Kohl: Bis heute sehnen sich die Menschen im Osten nach "dem blühenden Land", das der Kanzler zusammen mit "Tausenden von investitionsbereiten Unternehmern" (20. Februar 1990), schaffen wollte. "Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor - dafür vielen besser" (1. Juli 1990).

Auch den Westdeutschen wurde vieles versprochen: "Keine Steuererhöhungen für die deutsche Einheit" (25. November 1990); "Ein zweites deutsches Wirtschaftswunder" (13. Februar 1990); Kein Westdeutscher wird "auf etwas verzichten müssen" (1. Juli 1990).

Und am Tag der Vereinigung, dem 2. Oktober 1990, erklärt der Kanzler: "Noch nie waren wir besser vorbereitet als jetzt, die wirtschaftlichen Aufgaben der Wiedervereinigung zu meistern."

Die Wirklichkeit sah anders aus: Am 30. Januar 1991 kündigt Kohl in seiner Regierungserklärung die erste Steuererhöhung an - nicht zur Finanzierung der deutschen Einheit, sondern verschämt nur für den Golfkrieg.

Danach kommt, was in der Regierungserklärung nicht angekündigt war: Auf die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuer wird ein Zuschlag von 7,5 Prozent erhoben; Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Mineralölsteuer, Versicherungssteuer, Tabaksteuer, Telefongebühren werden erhöht; Postgebühren steigen; es wird ein Solidaritätszuschlag erhoben; allerdings gibt es auch eine Steuersenkung - für Vermögen (!); das Bundesverfassungsgericht verlangt eine effektivere Besteuerung von Zinsen und anderen Kapitaleinkünften; 1993 wird die Mehrwertsteuer erhöht.

Im Osten steigt die Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhe - im Westen beunruhigend; die Wanderungsbewegung von Ost nach West hält an. Ein Stop dieser Entwicklung ist nicht abzusehen.

Zwei Jahre nach der Wahl sind die Weichen für einen sozialen und zukunftsfähigen Wohnungsmarkt noch immer nicht gestellt. Die Entscheidung für das Prinzip "Rückgabe vor Entschädigung" erweist sich als zentrale falsche Weichenstellung. Der Versuch der Regierung, ihre falsche Politik durch zahlreiche Änderungen und Ergänzungen zu korrigieren, haben die ohnehin komplizierte Rechtslage noch undurchschaubarer gemacht.

Seit Mitte des Jahres 1992 läuft die große Entschuldigung: Man konnte nicht wissen, wie teuer es werden würde. Man konnte es wissen: Oskar Lafontaine hat es rechtzeitig und vor der Wahl gesagt.

Das Ansehen und das Vertrauen, das sich unser Land unter den sozialdemokratischen Bundeskanzlern Brandt und Schmidt erworben hat, ist unter Kohl schwer beschädigt worden. Das Ziel der Regierungserklärung vom 30. Januar 1991, gleiche Lebenschancen für alle Menschen in Deutschland zu schaffen, ist heute gefährdeter als vor zwei Jahren.

Die SPD hat nicht nur gewarnt. Sie hat Vorschläge für die dringendsten Probleme gemacht. Sie hat sich wiederholt bereit erklärt mitzuwirken - auch ohne Beteiligung an der Regierung.

Es wäre ja nicht so schlimm, wenn nur die CDU/CSU und die Koalition in einer Sackgasse steckten. Aber Ende 1992, in der Mitte dieser Legislaturperiode, steckt unser Land in einer Krise, aus der es herausgeführt werden muß.

(-/30. November 1992/rs/ks)

Rühes Sprüche können Probleme nicht verbergen **Zur schlechten Personalsituation bei der Bundeswehr**

Von Brigitte Schulte MdB
Berichterstatterin für den Personalbereich des Verteidigungsministeriums

Seit dem Frühjahr hat die Bundeswehr einen neuen Verteidigungsminister, der sich zunächst durch moderate Töne und sprachliche Gewandtheit hervorgetan hatte. Da war viel die Rede davon, daß Regierungsparteien und Opposition den schwierigen Wandel der Streitkräfte gemeinsam gestalten sollen.

Inzwischen wissen wir es besser!

Volker Rühle hat mit seinen flotten Sprüchen überdeckt, wie unattraktiv die Bundeswehr für junge Männer geworden ist.

Auf meine Anfrage vom 7. Oktober 1992 im Verteidigungsausschuß, wie sich denn die konkreten Bewerberzahlen entwickelt haben, mußte das Bundesverteidigungsministerium nun zugeben, daß es weder den notwendigen Ergänzungsbedarf von 2.150 Offiziersanwärtern des Truppendienstes erreicht noch in 1992 genügend Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade einstellen kann. Die Zahl der Soldaten, die zwischen vier und 15 Jahren bereit sind zu dienen, nimmt zu stark ab.

Waren es 1990 noch 20.194 Zugänge an Unteroffizieren und Mannschaftsdienstgraden, so sind es 1991 gerade noch 12.739 gewesen. Für 1992 hofft man, 18.000 Bewerber aufnehmen zu können, obwohl allein 25.600 Abgänge zu erwarten sind.

Wenn die Bundeswehr in den Jahren 93 und 94 nicht attraktiver wird, so wird der erreichte Zielumfang von 124.000 Unteroffizieren beziehungsweise Mannschaftsdienstgraden ab 1995 eine Utopie sein.

Und das Bundesverteidigungsministerium muß auch eingestehen, daß die Zahl der jungen Männer, die von vorn herein bereit sind, sich länger bei der Bundeswehr zu verpflichten ganz rapide abgenommen hat. 1989 waren es noch 15.142 Soldaten, 1991 sind es gerade noch 5.849!

Aber auch die Zahl jener Soldaten, die sich während ihrer Zeit als Wehrpflichtige bereit erklären, länger zu dienen, hat von 8.489 im Jahre 1989 beziehungsweise 9.154 im 1990 auf 6.890 im Jahre 1991 abgenommen.

Zu Zeiten sozialdemokratischer Verteidigungsminister hat man sich besonders darum bemüht, qualifizierten Offiziersnachwuchs zu gewinnen. Dies gelang 1991 und 1992 nicht mehr. Statt der notwendigen, sturkturgerechten Anzahl von 2.150 Offiziersanwärtern waren es 1991 gerade noch 1.712 und 1992 noch 1.452.

Es ist nicht mehr viel los mit der Bundeswehr, kann man da nur feststellen.

Wie in dieser Zeit die Bundesregierung sich immer neue Aufgabengebiete für die Soldaten ausdenken kann, ist völlig unverständlich. Neben den schwierigen Umstrukturierung der Bundeswehr und der Eingliederung ehemaliger NVA-Angehöriger sollen diese auch noch im Eurokorps, in der schnellen Eingreiftruppe der NATO, und nun auch im deutsch-niederländischen Korps mitarbeiten.

Volker Rühe steht vor den Trümmern einer verfehlten christdemokratischen Sicherheitspolitik, die allerdings auch seine Vorgänger mitzuverantworten haben.

(-/30. November 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Zu Fremdenhaß und Gewalt in Deutschland

Die Deutsche Psychoanalytische Vereinigung hat auf ihrer jüngsten Generalversammlung mit Blick auf die Entwicklung in unserem Land folgende Erklärung erarbeitet:

I.

Als Psychoanalytiker erforschen wir die seelischen Ursachen und Folgen von Verunsicherung, Angst und Bedrohungsgefühlen: wie sie reifes seelisches Funktionieren zurückdrängen; wie Vorurteile wirksam werden und gewalttätiges Handeln freisetzen; wie untergründige Kontinuitäten das Weiterwirken der Vergangenheit in der Gegenwart ermöglichen. Wir melden uns jetzt in der öffentlichen Auseinandersetzung zu Wort, um mitzuwirken, daß den alarmierenden Entwicklungen in unserem Land Einhalt geboten wird. Der jähe Ausbruch von Haß und Gewalt gegenüber Asylbewerbern und Ausländern sowie sich verschärfende Einstellungsänderungen bis hin zu eindeutig rechtsradikalen, rassistischen Vorstellungen zeugen von regressiven massenpsychologischen Phänomenen, die durch tiefgreifende politische Veränderungen der jüngsten Zeit ausgelöst worden sind.

II.

Eine der tieferen Ursachen liegt in dem längst nicht mehr zeitgemäßen Selbstverständnis der Bundesrepublik als einer homogenen Nation. Die Anwesenheit von Ausländern und Asylbewerbern erscheint vor diesem Hintergrund als Angriff auf jene in sich geschlossene idealisierte Gemeinschaftlichkeit, die offenbar eine kollektiv unbewußte Sehnsucht vieler Deutscher geblieben ist. Berührung mit Fremden wird als Gefährdung der eigenen Identität und als Sprengung einer vermeintlich einheitlichen Gesellschaft erlebt. In der regressiven Vorstellung einer homogenen Staatsnation kehrt die mythische "Volksgemeinschaft" aus der Verdrängung wieder. Sie soll in der "Wohlfahrt" Deutschland Schutz gewähren vor jenen großen Flüchtlingsbewegungen, die durch die kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa und die Armut in der Dritten Welt ausgelöst werden. Hinzu kommen die sich aus dem Vereinigungsprozeß ergebenden Herausforderungen, Verunsicherungen und Ängste.

III.

In dieser Situation besteht die einfachste, aber auch primitivste psychische Möglichkeit, sich Erleichterung zu verschaffen, darin, den "Fremden" zum Sündenbock zu erklären, daß heißt, in ihm den Verursachern aller Mißstände und allen Unbehagens zu sehen. Damit ist aufs engste die illusionäre Erwartung verknüpft, man brauche ihn nur zu beseitigen und sei alsbald alle Probleme los. Wir wissen, daß Fremdenfeindlichkeit der "natürliche" Rohzustand einer Gesellschaft ist und daß Fremdenangst und Fremdenhaß zu unseren psychischen Grundantworten gehören. Zwar können wir den Fremden als Unbekannten auch als verlockend und Neues versprechend erleben; in Zeiten von Bedrängnis aber nutzen und mißbrauchen wir ihn vorwiegend dazu, von uns selbst abgelehnte eigene Strebungen in ihn hineinzuphantasieren, wie wir sagen, auf ihn zu projizieren: Unordnung, Schmutz, Betrug, Diebstahl, Brutalität und sexuelle Belästigung. Wir alle müssen die eigene Fremdenangst wahrnehmen und das Fremde, soweit es unbewußt Eigenes ist, psychisch integrieren lernen. Toleranz und Humanität gegenüber Fremden erfordern also anhaltende zivilisatorische und kulturelle Anstrengungen. Nur so kann die Macht von Projektionen eingeschränkt und die Vorstellung vom nationalen, andere aggressiv ausgrenzenden "Wir" relativiert werden.

IV.

Die Verankerung des uneingeschränkten Asylrechts im Grundgesetz geschah zweifellos im Gedenken an unzählige Verfolgungs- und Flüchtlingsgeschicksale von Emigranten, die während der Zeit des Nationalsozialismus auf die Aufnahmebereitschaft anderer Staaten angewiesen waren. Wir Psychoanalytiker wissen, wovon wir sprechen: So gut wie sämtliche kontinentaleuropäischen Repräsentanten der seinerzeit insgesamt verfolgten und schließlich vertriebenen Wissenschaft der Psychoanalyse - inklusive Sigmund Freuds - konnten nur dank des Wohlwollens asylgewährender Staaten überleben. Der das Asylrecht garantierende Grundgesetzartikel beinhaltet eine Schuldanerkennung und einen Versuch der Wiedergutmachung - beides psychische Leistung, die schwer zu erringen waren und die nun in akuter Gefahr sind, wieder verlorenzugehen. Wer die Meinung vertritt, Deutschland sei nicht in besonderer Weise dem im Grundgesetz verankerten Asylrecht verpflichtet, entledigt sich der Verantwortung für die deutsche Vergangenheit. Dadurch fühlen sich diejenigen bestärkt, die heute Gedenkstätten des Holocaust in Brand stecken oder jüdische Friedhöfe schänden und damit die schuldbehaftete Erinnerung an die beispiellosen Verbrechen des Nationalsozialismus auszulöschen versuchen.

V.

Zögernde Reaktionen von Politikern und Organen des Rechtsstaates sowie unsere mangelnde Zivilcourage tragen zum Zusammenbruch des individuellen Gewissens bei und dekuivrieren so ein Verstricktsein in eben dasselbe vorurteilsbehaftete Denken, das den offenen Gewalttaten zugrunde liegt. Haß und Angriffe auf Ausländer und Asylbewerber, denen wir nicht entschlossen entgegenzutreten und denen nicht mit Mitteln des Rechtsstaats einhalt geboten wird, reißen in erschreckend kurzen Zeiträumen Barrieren nieder, die jahrzehntelang für stabil gehalten wurden, und drohen in einer Kettenreaktion - wie die brutaler werdenden Formen des Antisemitismus zeigen - mehr und mehr die überwunden geglaubte Barbarei der Vergangenheit wiederzubeleben.

(-/30. November 1992/rs/fr)
